

STÄDTENETZWERK
Stärkung lokaler Demokratie
durch bürgerorientierte
integrierte Stadtentwicklung

STÄDTENETZWERK

Stärkung lokaler Demokratie durch bürgerorientierte integrierte Stadtentwicklung



Unser Gemeinwesen steht vor großen Herausforderungen:

Es geht um Chancengerechtigkeit zwischen den Generationen durch nachhaltigeres Handeln. Es geht um die Anpassung an den demographischen Wandel durch Ermöglichung veränderter Lebensformen. Es geht um bessere Bildungschancen, die wirkliche Integration von Zuwanderern und es geht um einen generationengerechten finanziellen Handlungsspielraum der Kommunen. Brauchbare Antworten auf diese Herausforderungen werden sich nur ergeben durch ein dialogorientiertes und partnerschaftliches Zusammenwirken aller Beteiligten aus Bürgerschaft, Politik und Wirtschaft auf der lokalen Ebene. Nur „vor Ort“ in den Städten und Gemeinden liegt das nötige gesellschaftliche Potenzial, um den Herausforderungen erfolgreich begegnen zu können.

Dieses gestalterische Potenzial von Städten und Gemeinden soll im Sinne des Gemeinwohls kooperativ erschlossen werden.

Im Dialog mit dem Bürger kann die nötige Kompetenz zur Lösung der Probleme gewonnen werden. Politik und Wirtschaft sollen noch stärker berücksichtigen, dass nur partnerschaftliche Lösungen mit der Bürgerschaft tragfähige Ergebnisse hervorbringen. Dabei soll die Bürgerschaft mit- und eigenverantwortlich ihren Beitrag leisten. Indem die Bürger und Bürgerinnen aktiv als Mitgestalter und „Koproduzenten“ ihrer Stadt wirken und sich damit stärker als zuvor mit ihrem Gemeinwesen identifizieren, werden die lokale Demokratie und das Gemeinwohl dauerhaft gestärkt.

Es gilt, das Zusammenspiel der kommunalen Akteure aus Politik, Wirtschaft und Bürgerschaft in transparenten, fairen und ergebnisoffenen Dialogprozessen zu organisieren. Nur so kann es zu einer echten Teilung von gemeinsamer Verantwortung kommen, die in eine neue Form des kommunalen Miteinanders münden kann: so entsteht urban governance. Dies halten wir in zentralen Fragen der kommunalen Zukunft, an denen wir arbeiten, für unabdingbar.



Wir – Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Bürgerschaft – wollen auf diese Weise die Gemeinwesen, in denen wir Verantwortung tragen, unterstützen, ihre Zukunft selbst zu gestalten. Jeder soll seinen Teil beitragen können – im wohlverstandenen Eigeninteresse wie im Interesse des Gemeinwohls.

Um dieses übergeordnete Ziel zu erreichen, benötigen wir mehr Wissen über die Lebenswelten der Bürger, Kenntnis über geeignete Verfahren, die die Chancen zum Dialog der Akteure stärken, die Fähigkeit zur Kooperation und – vor allem – Vertrauen zueinander. Dafür bedarf es der Selbstverpflichtung aller Akteure:

- Die Kommunalpolitik und die Kommunalverwaltungen fühlen sich einer integrierten Stadtentwicklung verpflichtet. Dabei werden die Bürger durch die Milieuforschung in ihrer Wertorientierung und Lebenswelt wahrgenommen und verstanden. Die so gewonnenen Erkenntnisse über die unterschiedlichen Lebensweisen werden zur Grundlage dialogischer Verfahren von Bürgerschaft, Verwaltung und Unternehmen.
- Die Entscheidungsträger aus der Wirtschaft wirken an der integrierten Stadtentwicklung mit. Dies bedeutet nicht, sich mit der Rolle eines reinen Sponsors zufriedenzugeben, sondern es erfordert die Bereitschaft, reale Verantwortung für das Gemeinwesen in Abstimmung mit der Bürgerschaft zu übernehmen.
- Die Zivilgesellschaft eröffnet bessere Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe jedes Einzelnen – neben den klassischen Strukturen von Vereinigungen, Verbänden, Parteimitgliedschaften und Konfessionsgruppen. Zur Selbstverpflichtung der Bürger gehört, das ihnen mögliche Maß an Mitverantwortung für das eigene Lebensumfeld zu übernehmen und dieses aktiv mitzugestalten.

Voraussetzung dieser die Politik, die Wirtschaft und die Bürgerschaft umfassenden Selbstverpflichtung ist, dass die kommunalen Organe nicht als ausführende Organe der bundes- und landespolitischen Ebenen wahrgenommen werden, sondern als Partner auf Augenhöhe im politischen Prozess handeln. Diese Verantwortungsteilung schließt ein, alle lokal Handelnden als Wissensträger bürgerschaftlicher Prozesse und als Moderatoren der Dialoge und Konflikte zwischen Politik, Wirtschaft und Bürgerschaft zu verstehen. Nur so kann die örtliche Ebene ihrer Verantwortung im föderalen Staatsaufbau wirklich gerecht werden.



Für alle staatlichen Ebenen bedeutet dies, mit den Kommunen einen transparenten und fairen Dialog zu führen.

Das setzt voraus, dass zwischen Ländern und Kommunen qualitative Rahmenbedingungen abgestimmt werden, die den lokalen Ebenen den Spielraum für eine Umsetzung im Sinne des Subsidiaritätsprinzips und der Selbstverwaltung ermöglichen.

Der vhw hat sich verpflichtet, den Weg zu diesen – Politik, Wirtschaft und Bürgerschaft umfassenden – Dialog- und Entscheidungsverfahren zu ebnen. Zu diesem Zweck wird er:

- das Wissen über die Vielfalt der Stadtgesellschaft anwendungsorientiert erschließen,
- die Rahmenbedingungen für ein kommunales Netzwerk schaffen und dieses begleitend fördern,
- Bürger und Unternehmen an die gemeinsame Verantwortung für die Stadt heranführen,
- die hierfür erforderlichen Dialogverfahren moderierend unterstützen,
- gemeinsam mit den Akteuren funktionsfähige Regelungsstrukturen entwickeln und
- das Fortbildungsangebot erweitern und damit die Akteure befähigen, Verantwortung zu übernehmen (Leadership).



**vhw-Bundesverband für Wohnen
und Stadtentwicklung e.V.**

Bundesgeschäftsstelle

Fritschestraße 27/28 · 10585 Berlin

Telefon: 030 390473-0 · Fax: 030 390473-190

E-Mail: bund@vhw.de · www.vhw.de